

P/XVIII/68

Bonn, den 8. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Auftrag an alle "Kanzler auf Abbruch"	24
1	Verfahren eingestellt Oberländer gegen Markscheffel	13
2 - 3	Gemeinsamkeit nicht vernachlässigen! Am Ende der Ära Adenauer Von Harry Liehr, MdB, Berlin	78
4	Das Feilschen um die Steuer Zum Finanzkonflikt Bund - Länder	30
4	"Nach dem Vater darf gefragt werden" Der traditionelle Ideenklau	15
5 - 6	Belgrad bleibt ausgewogen Politik der guten Beziehungen nach allen Seiten Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	58
6	Vorbildlich Kiel und die dänische Minderheit	29

Chefredakteur Günter Markscheffel

8. April 1963

Auftrag an alle

"Kanzler auf Abbruch"

- * "Es muß bald etwas geschehen - vor allem im Interesse Adenauers selbst." - "Kölnische Rundschau", 8. April 1963

* * *

sp - Der oben zitierte Satz ist die Schlußbemerkung eines Kommentars in der "Kölnischen Rundschau" mit der Überschrift "Kanzler auf Abbruch". Die KR ist bekanntlich eine Zeitung, die der CDU nicht fern steht. Wenn sich dieses Blatt um den weiteren Verbleib Dr. Adenauers als Bundeskanzler Sorgen macht, dann weiß es warum. Der Kommentar nimmt Bezug auf die am vergangenen Wochenende aufgetauchten Gerüchte, wonach der Bundeskanzler die Absicht haben soll, auch über den Herbst 1963 hinaus im Amt zu bleiben.

Nun haben wir schon oft an dieser Stelle geschrieben, es sei in erster Linie die Aufgabe der CDU selbst, für die Klärung dieser peinlichen Angelegenheit zu sorgen. Wir meinen jedoch, daß der Punkt erreicht ist, an dem man sagen muß, das Problem der Kanzlernachfolge muß nicht nur "im Interesse Adenauers selbst", sondern auch und in erster Linie - im Interesse des Ansehens der deutschen Demokratie gelöst werden.

Bei allem Respekt vor dem Alter des Bundeskanzlers wirkt es nachgerade gespenstisch, daß sich das vitale deutsche Volk immer noch den ältesten amtierenden Regierungschef der Welt leistet. Die Frage der Kanzlernachfolge ist deshalb längst nicht mehr eine ausschließlich die CDU oder das "Interesse Adenauers selbst" berührende Angelegenheit; sie ist eine Aufgabe der deutschen Politik, ein Auftrag an alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

+ + +

Verfahren eingestellt

Oberländer gegen Markscheffel

sp - Der leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn hat das seit dem 15. März 1961 von dem früheren Vertriebenenminister, Professor Dr. Oberländer, gegen den Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes, Günter Markscheffel, eingeleitete Verfahren wegen Beleidigung eingestellt.

Professor Oberländer hatte sich beleidigt gefühlt, weil in einem Anfang März 1960 im SPD-Pressedienst veröffentlichten Artikel unter der Überschrift "Der Fall Oberländer" u.a. festgestellt worden war, der damals noch amtierende, aber später von Bundeskanzler Dr. Adenauer verabschiedete Bundesvertriebenenminister Professor Oberländer gehöre "zu den intellektuellen Urhebern der deutschen Tragödie im Osten" und sei "zu einer schweren Belastung für jede friedliche deutsche Ostpolitik geworden".

+ + +

Gemeinsamkeit nicht vernachlässigen!

Am Ende der Ära Adenauer

Von Harry Liehr, MdA, Berlin

Am Wiederaufbau des alten Reichstagsgebäudes in Berlin demonstriert die gegenwärtige Bundesregierung, was sie von der Wiedervereinigung unseres zerrissenen Landes hält. Das jahrelange Hinstockeln der Instandsetzungsarbeiten ist das Spiegelbild der in die Sackgasse geratenen Wiedervereinigungspolitik einer mehr als 13-jährigen CDU-Herrschaft in der Bundesrepublik. Alle Reden können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die verschiedenen Adenauer-Regierungen - seit eh und je - stärker mit einer Politik verbunden fühlten, die in der Konsequenz die Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zunehmend verschütteten. Heute kann keine politische Kraft der Bundesrepublik, die ernst genommen werden will, an den Realitäten ungestraft vorbeigehen, die durch diese Politik geschaffen worden sind.

Das Ende der Ära Adenauer steht bevor. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen, die in Berlin ihren Höhepunkt fanden, sind spürbarer Ausdruck dafür, dass die Bevölkerung einer sich mit Stolz und Regierung identifizierenden Partei mit ihrem Vorsitzenden Adenauer nicht länger die Geschicke unseres Volkes anvertrauen möchte. Es ist geradezu grotesk, nicht zuletzt aber auch beschämend, tagtäglich mit der Hilflosigkeit der CDU-Führung konfrontiert zu werden, die zu einer völligen Stagnation der Regierungsgeschäfte zu führen droht. Was sich gegenwärtig in der CDU vollzieht, kann jedoch nicht einmal den politisch Andersdenkenden ein Frohlocken abnötigen, denn hier geht es letzten Endes um das Ansehen unseres Staates und seiner demokratischen Prinzipien überhaupt. In einer solchen Situation kann und darf die SPD nicht im Abstand verharren; zumal sie durch das Votum der Bevölkerung gedrängt wird, in entscheidender Weise Verantwortung im Staat zu übernehmen.

Das Jahr 1963 wird den Deutschen und speziell uns Berlinern manche Prüfung abverlangen. Schon heute muss man sich jedoch fragen, was in unserem Lande eigentlich noch alles passieren muss, bis entsprechende Konsequenzen auf der Ebene der Bundesregierung erfolgen. Wie wollen wir - ausserpolitisch gesehen - den deutschen Notstand glaubwürdig vertreten, wenn wir innenpolitisch so tun, als gäbe es ihn nicht und als hätte sich nichts Tiefgreifendes in unserem Volk ereignet. Ist es nicht in höchstem Maße unwürdig, von einer Regierungskrise zur anderen zu hoffen, dass endlich Besinnung einkehrt und eine Regierung gebildet wird, die den Erfordernissen der

deutschen Situation gerecht wird? Auch wenn im Augenblick fast alles gegen eine grosse Koalition und noch mehr gegen eine Allparteienregierung zu sprechen scheint, werden vermutlich noch vor der Sommerpause des Parlaments derartige Überlegungen neuen Auftrieb erhalten. Ob dann endlich ein neuer politischer Stil zum Durchbruch kommt, wird sich bald zeigen.

Neben allen Verdiensten, die auf das Konto Aderauer kommen, besteht sein grösstes Versagen zweifellos darin, dass er uns der Wiedervereinigung immer weiter entfremdet hat. Wäre in all den Jahren nur ein Teil seines Drängens und seiner persönlichen Initiative, die der deutsch-französischen Versöhnung galt und gilt, der Wiedervereinigungspolitik zuteil geworden, wäre es heute um die Lösung der deutschen Frage sicher besser bestellt. So aber gibt es nach über 4jährigen massiven Drohungen der Sowjetunion, einen separaten Friedensvertrag abzuschliessen, nicht einmal auf Bonner Regierungsebene den Entwurf von Grundsätzen für einen Friedensvertrag mit Gesamt-Deutschland. Fürwahr, eine traurige Bilanz. So begibt sich die gegenwärtige Bundesregierung mehr und mehr des Anspruchs, auch gegenüber unseren Verbündeten, sich von niemandem übertreffen zu lassen, wenn es um die Wiedervereinigung unseres Landes geht.

Immer wieder wurde in den letzten Jahren die Forderung erhoben, den Deutschen Bundestag nach Berlin einzuberufen. Öffentliche Erklärungen namhafter Politiker der CDU und FDP, meistens in Berlin abgegeben, haben uns leider nicht weitergeholfen. Gewiss verdienen die Bemühungen aller Bundestagsfraktionen Anerkennung, die Entschlossenheit des Bundestagspräsidenten Gerstermaier dadurch gutzumachen, dass sie fraktionsweise in Berlin tagen. Es ist jedoch nicht einzusehen, dass das, was für alle Fraktionen getrennt, nicht auch für den ganzen Bundestag möglich sein soll. Es hat sich doch als eine Illusion herausgestellt - die wir auch auf anderen Gebieten teuer bezahlen mussten - zu glauben, man dürfe die Sowjetunion nur nicht "reizen", dann würde auch sie nichts von uns wollen.

Die sich daraus ergebende "Stillhaltepolitik" hat den Bau der Schandmauer in Berlin nicht verhindern können. Heute haben wir nicht die geringste Veranlassung, auf die Feststellung zu verzichten, dass - wenn schon nicht ganz Berlin - wenigstens das freie Berlin unlöslich mit der Bundesrepublik verbunden ist. Es ist also dringend an der Zeit, dass der Bundestag zu einer ordentlichen Arbeitssitzung nach Berlin kommt. Genauso wichtig ist es, dass der Reichstag nunmehr beschleunigt seiner Zweckbestimmung übergeben wird, so dass das deutsche Parlament sich in Berlin zu Hause fühlt.

Das Feilschen um die Steuer

sp - Wie steht es mit dem Bundeshaushalt für das Jahr 1963/64? In der ersten Regierungserklärung nach den letzten Bundestagswahlen hieß es, der kommende Haushalt solle ein Haushalt der Mäßigung und Ehrlichkeit sein. Wenn jemals Worte buchstäblich für die Luft gesprochen wurden, dann diese.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages sind in keiner beneidenswerten Lage, sie haben es bei der Beratung mit einem Haushalt der Unehrlichkeit zu tun. In ihm erscheinen nicht die Erhöhung des Kindergeldes, die Steigerung der Ausgaben für die Kriegsgopfer und andere wichtige Positionen. Dazu kommen Mehranforderungen für die Verteidigung, deren genaue Höhe selbst die Experten nicht wissen; sie tapfen hier im Dunkeln.

Schon für diesen Haushalt von 57,75 Milliarden DM, von dem jedermann weiß, er wird der wirklichen Lage nicht gerecht, reicht die Deckung nicht aus. Wie sein Vorgänger Starke sieht auch der gegenwärtige Finanzminister Dähler den Ausweg im Griff nach den Länderkassen. Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß es fast ausschließlich CDU/CSU geführte Länderregierungen sind, die sich am stärksten gegen die Entleerung ihrer Kassen durch den Bund wehren und es auch auf einen Konflikt mit der Bundesregierung ankommen lassen. Auf den Bund entfallen bisher 35 Prozent aller Einkünfte aus der Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer; nun möchte er auf dem Wege über den Bundestag diesen Prozentsatz auf 40 Prozent anheben; so wie es aussieht, steht ein großes Feilschen bevor.

Beide, sowohl Bund wie Länder, können gewichtige Gründe für ihr Verhalten anführen. Heute rächt sich das Ausbleiben der Finanzreform. Sie stand zwar immer als guter Vorsatz an der Spitze aller bisher abgegebenen Regierungserklärungen, doch blieb es eben nur bei Versprechungen. Die Regierungsparteien begnügten sich mit Fortwursteln. Das konnte noch angehen, solange der Steuerzufluß alle Schätzungen übertraf und der Segen sich mehr oder weniger gleichmäßig über Bund, Länder und Gemeinden ergoß. Diese goldenen Zeiten scheinen zu Ende zu gehen. Ist die Regierung für den Klimawechsel nun vorbereitet? Sie bietet auch hier wie auf anderen Gebieten das Bild erschütternder Direktionslosigkeit.

Nach dem Vater darf gefragt werden

sp - Alle Jahre - man weiß es - zeigt sich im Landtag von Nordrhein-Westfalen dieses Bild: Auf der Seite der Regierungsfraktion heben sich die Arme, auf der Regierungsbank schmunzeln Minister, denn ein Antrag der SPD-Fraktion ist abgelehnt, niedergewalzt, doch nicht totgemacht. Und darum schmunzeln Minister: Im nächsten Haushaltsplan taucht der Inhalt des SPD-Antrages wieder auf, der Öffentlichkeit als eigenes Kind präsentiert. "Der alte Brauch sollte nicht gebrochen werden", sagte Heinz Kühn im Landtag, "wir hoffen, daß wir im nächsten Jahr die alten SPD-Bekanntesten im CDU-Gewande wiedersehen. Wir werden nur eines nicht dulden, daß Sie nämlich den Artikel 340 des Code Napoleon zur Geschäftsordnung dieses Hauses machen, wenigstens nicht, soweit er besagt: "Die Untersuchung nach der Vaterschaft ist verboten". Wir werden sehr wohl nach der Vaterschaft dieser Anträge forschen und Sie werden erleben, daß wir uns dann auch dieser Vaterschaft rühmen werden."

Belgrad bleibt ausgewogen

Politik der guten Beziehungen nach allen Seiten

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleichner

Wer von der politischen Annäherung Jugoslawiens an den Ostblock allzu dramatische Folgen für Jugoslawiens Aussenpolitik befürchtet haben sollte, sieht sich in diesen Tagen eines Besseren belehrt. Nicht nur der bereits vor längerer Zeit, da die blockfreie Politik in Jugoslawien auch sprachlich noch hoch im Kurs stand, vereinbarte und soeben realisierte Besuch des mexikanischen Präsidenten Lopez Mateos in Jugoslawien beweist, daß Belgrad nach wie vor um eine ausgewogene Politik der guten Beziehungen nach allen Seiten bemüht ist.

Wenn man sich auch in Belgrad abgewöhnt hat, diese Politik als "blockfrei" zu bezeichnen und hierfür nur noch von der Politik der "friedliebenden aktiven Koexistenz", oder aber vom "unabhängigen sozialistischen Faktor Jugoslawien" spricht, so deutet dies zwar auf gewisse Akzentverschiebungen hin. Soweit diese jedoch heute eindeutig analysiert werden können, sind sie nicht zuletzt auch durch eine gewisse Enttäuschung über den in der Vergangenheit die Gruppe der blockfreien Länder befallenen Desintegrationsprozeß verursacht. Daß Belgrad unter solchen Bedingungen und infolge der im eigenen Lande eingetretenen Schwierigkeiten, die eine stärkere wirtschaftspolitische Orientierung auf den Ostblock geradezu erzwungen haben, bereit sein dürfte, manche Moskauer Anschauungen unter den blockfreien Ländern zu unterstützen, mag nahe liegen. Aber selbst diese Tatsache braucht insbesondere in Anbetracht der Aussenpolitik Chruschtschows, die in stärkerer Maße auf eine gewisse Entschärfung der Weltkonflikte gerichtet zu sein scheint, nicht sonderlich zu beunruhigen.

Belgrad und Deutschland

Gäbe es freilich nur die Versicherungen des jugoslawischen Staatspräsidenten, die der Aussenminister des Landes, Koca Popovic, erst noch unlängst unterstrich, Jugoslawien wünsche nach wie vor dieselben guten, ja noch besseren Beziehungen auch zum Westen, könnte man vielleicht skeptisch sein. Aber an einem der empfindlichsten Punkte der jugoslawischen Aussenpolitik, seinem Verhältnis zu Deutschland nämlich, haben sich diese Versicherungen zumindest bislang bestätigt. Und dies, obwohl die drei Antwortnoten der deutschen Bundesregierung - bis auf die eine, die Probleme des deutsch-jugoslawischen Aussenhandels berührte - nicht gerade sonderlich ermutigend gewesen sind. Trotzdem zeigte sich die jugoslawische Regierung keineswegs geneigt, dies zum Anlaß eines öffentlichen Angriffs auf Bonn zu nehmen. Damit scheint zumindest bis zu einer definitiven Regelung der noch offenen deutsch-jugoslawischen Probleme der Kure fortgesetzt zu werden, der seinen Höhepunkt vor einem halben Jahr mit der öffentlichen Verteidigung der Bundesregierung durch Tito gegen polemische Angriffe des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnjew während dessen Aufenthaltes in Jugoslawien erreicht hatte.

Lateinamerikareise Titos

Unter diesen Aspekten wird die nun wohl endgültig für den Herbst dieses Jahres angesetzte Reise Titos in einige südamerikanische Staaten und nach Mexiko auch in Washington keine sonderlichen Erschütterungen hervorrufen. Der jugoslawische Präsident wird in den meisten der zu besuchenden Länder mit seinen Anschauungen zu bestimmten weltpolitischen Fragen (Atomwaffenfreie Zonen, Einstellung von Atomwaffenversuchen, Abrüstung, Weltwirtschaftsprobleme) ja doch nur bereits offene Türen einrennen, wie der Besuch des mexikanischen Präsidenten in Jugoslawien bewiesen hat. Eine Dramatisierung der amerikanisch-jugoslawischer Beziehungen könnte, - wie eine grobe Fehlmeldung der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI bereits angedeutet hat - nur ein Besuch Titos auf Kuba hervorrufen. Aber die Reaktion Belgrads auf die in die Welt gesandte Falschmeldung, Tito beabsichtige dies zu tun, war so eindeutig, daß man, unabhängig von der kaum vorhandenen großen Zuneigung zwischen dem pro-sowjetischen Revolutionär Tito und dem heute eher pro-chinesischen Revolutionär Fidel Castro, alles andere als ein Zusammentreffen dieser beiden Männer erwarten kann.

+ + +

Vorbildlich

Kiel und die dänische Minderheit

11 - Im neuen schleswig-holsteinischen Landeshaushalt für das Etatjahr 1963 sind die Beträge, die der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig zu Gute kommen, weiter heraufgesetzt worden. Sie haben nunmehr den bisher höchsten Stand erreicht, obgleich die Zahl der in die dänischen Schulen gehenden Jungen und Mädchen eher rückläufig ist.

Es besteht aber im schleswig-holsteinischen Landtag, der diese Posten einstimmig bewilligte, Einhelligkeit darüber, daß die Mittel ohne weiteres gegeben werden müssen. Die seinerzeit durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bruno Diekmann von 1950 eingeleiteten Kiel-Kopenhagener Gespräche und die später von Koalitionskollegen des Regierungschefs Kai-Uwe von Hassel forcierten Bonn-Kopenhagener Abkommen über die Minderheiten beiderseits der Grenze, finden somit im jetzigen Landesetat erneut ihren realen Niederschlag und ihre folgerichtige Bestätigung.

Nach dem Haushalt bekommen die Schulen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein in diesem Jahr einen Zuschuß von 2,3 Millionen DM gegenüber 2,15 Millionen DM im Jahre 1962. Die Beträge sind für 3 506 Volksschüler, 322 Mittelschüler und 181 Gymnasiasten veranschlagt, welche die Schulen der Minderheit besuchen. Inzwischen ist es auch möglich geworden, daß die Kinder der dänisch orientierten Eltern auf dem Gymnasium in Flensburg das deutsche Abitur ablegen, das in Dänemark voll anerkannt wird.

Nach dem Etatplan werden nunmehr auch die privaten Kindergärten des dänischen Schulvereins im Landesteil Schleswig bedacht. Für diesen Zweck ist ein Betrag von 76.000 DM vorgesehen. Die dänische Volkshochschule in Jarplund, die sich durch ein sehr modernes Bildungsprogramm auszeichnet, bekommt erstmalig aus dem schleswig-holsteinischen Etat einen Zuschuß von 55.000 DM.

+ + +